

A tall, cylindrical lighthouse with a red and white striped pattern. The top section is red with a black lantern room. The middle section is white with a red band. The bottom section is black. The lighthouse is mounted on a black barge with two vertical supports. The background is a clear blue sky and the ocean.

ARGUMENTE



IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Niedersachsen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
www.spdnds.de

V.i.S.d.P.: Remmer Hein



DAS SOZIALE EUROPA STÄRKEN

Wer in Europa viel Geld verdient, der soll auch einen angemessenen Beitrag für unsere Gemeinschaft leisten. Deswegen fordern wir eine europaweite Finanztransaktionssteuer, eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer und einheitliche Mindeststeuersätze.



EUROPA BEDEUTET: WOHLSTAND UND ARBEIT IN NIEDERSACHSEN

Die EU ist ein Garant für den Frieden in Europa – aber auch für unseren Wohlstand. Niedersachsen ist ein Automobilland: Autos, Autokomponenten und Maschinen sind unsere wichtigsten Exportwaren. Aber auch Milch- und Fleischerzeugnisse etwa werden aus Niedersachsen in andere EU-Länder exportiert. Unsere wichtigsten Handelspartner sind die Niederlande, Frankreich und – momentan noch – Großbritannien. Die EU ist für die niedersächsischen Unternehmen also mit großem Abstand der wichtigste Markt. Deswegen profitieren wir ganz besonders vom zollfreien Handel und den offenen Grenzen zu unseren Nachbarn – und alles, was den grenzübergreifenden Handel einschränkt, gefährdet Arbeitsplätze in Niedersachsen. So stammen viele der einzelnen Komponenten für die bei uns produzierten Autos aus verschiedenen Ländern. Wie viele andere Produkte werden sie in integrierten Lieferketten hergestellt, d.h. Produktionsschritte finden im Vereinigten Königreich, in Niedersachsen oder an anderen Orten in Europa statt. Diese Lieferketten zu unterbrechen, wie zum Beispiel durch den Brexit, kann bei unseren Unternehmen hohe Kosten verursachen und viele Arbeitsplätze gefährden.

EIN KONTINENT DER GUTEN ARBEIT

Wir wollen ein soziales Europa, von dem die Europäerinnen und Europäer in ihrem Alltag profitieren. Deswegen fordern wir mehr Mitbestimmung im Betrieb, die Einführung europäischer Mindestlöhne und eine Garantie gegen Kinderarmut.



EUROPA BEDEUTET: GUTE ARBEIT UND GUTE LÖHNE

Ein europäisches Handelssystem schützt uns vor Lohn-, Sozial- und Steuerdumping. Durch gemeinsame Regeln verhindern wir, dass Billiganbieter, die Niedriglöhne zahlen und Arbeitsschutzgesetze missachten, die Märkte überschwemmen und damit die Existenz niedersächsischer Betriebe gefährden. Die gemeinsamen Standards im Bereich Umwelt, Gesundheit und Sicherheit, an die sich alle Betriebe im innereuropäischen Raum halten müssen, wirken Preisdumping entgegen.

Auch im Handel mit den USA oder China, die nicht an unsere Standards gebunden sind, hilft uns die EU. Denn um Preisdumping zu verhindern und europäische Betriebe zu schützen, braucht es eine geeinte EU als starken Verhandlungspartner. Ein einzelner Mitgliedstaat hätte nicht die Stärke, die heimischen Unternehmen im Angesicht der Konkurrenz amerikanischer und chinesischer Anbieter zu unterstützen. Maßgeblich ist das für Niedersachsen zum Beispiel als Standort der Stahlindustrie. Um unsere Stahlbranche zu schützen, braucht Deutschland die anderen Mitgliedstaaten der EU.



PERSPEKIVEN SCHAFFEN

Gut ausgebildete Fachkräfte müssen auch zu Hause gute Arbeit finden. Deswegen muss die EU den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit insbesondere in Südeuropa endlich entschlossen angehen.



EUROPA BEDEUTET: LEBEN UND ARBEITEN OHNE GRENZEN

Bürgerinnen und Bürger der EU genießen im gesamten EU-Raum die sogenannte Arbeitnehmer- und Personenfreizügigkeit. Das bedeutet, dass sie in allen Mitgliedstaaten ohne besondere Erlaubnis oder ein Visum arbeiten und leben dürfen und ebenso wie die Staatsangehörigen dieses Mitgliedstaats behandelt werden müssen. Dadurch können nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Niedersachsen in der ganzen EU arbeiten, auch die Fachkräfte aus anderen EU-Ländern können unkompliziert nach Niedersachsen kommen. Da in Niedersachsen wie auch in den anderen Bundesländern ein Mangel an Fachkräften herrscht – zum Beispiel in der Pflege oder im Ingenieurwesen – profitieren niedersächsische Betriebe von dieser Freizügigkeit. Auch die Anerkennung von Abschlüssen aus anderen Mitgliedstaaten soll zukünftig noch erleichtert werden. Der Bedarf an Zuwanderung gilt jedoch nicht nur für gut ausgebildete Fachkräfte. Niedersachsen als Bundesland mit starker Landwirtschaft ist auch auf Arbeitskräfte angewiesen, die zum Beispiel saisonweise bei der Ernte helfen.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSE

Insbesondere mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer werden wir in gleichwertigere Lebensbedingungen in ganz Europa investieren. Dabei müssen die Interessen der Kommunen besser berücksichtigt sowie die technische und soziale Infrastruktur ländlicher Räume gestärkt werden.



EUROPA BEDEUTET: INVESTITIONEN IN NIEDERSACHSEN

Die EU investiert über Förderfonds direkt in die Mitgliedstaaten. Dazu gehören zum Beispiel die sogenannten Strukturfonds, die konkrete Projekte zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen der EU fördern. Im aktuellen Förderzeitraum investiert die EU ca. 2,1 Milliarden Euro in Niedersachsen. Dieses Geld verteilt sich auf drei Schwerpunkte: Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) fördert die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume, z.B. durch den Bau von Dorfgemeinschaftshäusern oder eine Finanzierung sogenannter Basisdienstleistungen wie Dorfläden oder Einrichtungen für Kinder. Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) stärkt durch die Beseitigung von Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen den Zusammenhalt in der EU, z.B. über Forschungsprojekte, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen oder die CO₂-Reduktion. Der Europäische Sozialfonds (ESF) zielt auf die Förderung der Beschäftigung und Armutsbekämpfung durch verbesserten Arbeitsplatzzugang, Qualifizierung und Unterstützung der sozialen Integration.

Übrigens: Um EU-Fördermittel zu beantragen, müssen Kommunen einen Eigenanteil aufbringen können. Damit auch die Kommunen von Fördergeldern profitieren können, die zu finanzschwach sind, um diesen Eigenanteil zu stemmen, stellt das Land Niedersachsen seit 2015 eine sogenannte Kofinanzierungshilfe in Höhe von acht Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung.

MEHR KLIMASCHUTZ

Europa muss ehrgeiziger werden im Kampf gegen den Klimawandel. Wir wollen die Klimaziele der EU erhöhen und die Emissionen europaweit bis 2030 um 45 statt 40 Prozent senken. Überflüssige Plastikverpackungen und Mikroplastik zum Beispiel in Kosmetik-Produkten werden wir verbieten.



EUROPA BEDEUTET: SCHUTZ DER NIEDERSÄCHSISCHEN NATUR

Die EU treibt den Schutz unserer Umwelt voran, auch dort, wo die Mitgliedstaaten bis heute eher zögerlich agieren. Deshalb zählen die EU-Umweltstandards heute zu den höchsten in der Welt. Etwa 80 Prozent aller nationalen Umweltgesetze der Mitgliedstaaten haben ihren Ursprung in der EU.

Das »Netzwerk Natura 2000« dient dazu, über Ländergrenzen hinweg ein Netzwerk von Schutzgebieten zu schaffen, die sich an den jeweiligen Verbreitungsgebieten bestimmter Arten orientieren. Das Netzwerk umfasst mittlerweile eine Fläche, die größer ist als Deutschland und Frankreich zusammen. 16,2 Prozent der Landesfläche Niedersachsens (inklusive der marinen Bereiche) sind davon erfasst.

Zur Förderung von Umwelt-, Naturschutz- und Klimapolitik unterhält die EU seit 1992 das Programm LIFE, mit dem regionale Projekte in den Mitgliedstaaten unterstützt werden. In der laufenden Förderperiode erhalten auch Unternehmungen in Niedersachsen Fördermittel. Beispielsweise werden die vier Hochmoore in der »Hannoverschen Moorgeest« wieder vernässt, um sie vor dem Austrocknen zu schützen und als Lebensraum zu erhalten. Ebenso werden mit Geldern aus dem LIFE-Programm Niedersächsische Heidelandschaften geschützt und wiederhergestellt.

DIGITALE KONZERNE BESTEUERN

Internetkonzerne wie Google, Apple und Facebook verdienen in der EU Milliarden, zahlen hier aber kaum Steuern. Wir fordern eine Digitalsteuer, damit Digitalunternehmen ihre Steuern nicht nur an ihrem Hauptsitz zahlen, sondern bei uns, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften.



EUROPA BEDEUTET: SCHNELLERE DIGITALISIERUNG

Die EU baut auch die digitalen Grenzen ab: Durch die Verordnung gegen Geoblocking verhindert die EU das Sperren von Internetinhalten durch den Anbieter aufgrund der geografischen Herkunft. Durch die Abschaffung der Roaming-Gebühren hat die EU die teuren Zusatzkosten für das telefonieren und surfen auf dem Smartphone in einem anderen Mitgliedstaat beendet. Außerdem ermöglicht die EU die Portabilität von Inhalten: Abonnierte Film- und Musikdienste oder E-Books können so auch auf Reisen ins EU-Ausland mitgenommen und genutzt werden.

Die fortschreitende Digitalisierung wirkt sich aber auch stark auf die Arbeitswelt aus. Arbeitsprozesse verändern sich, Jobs fallen weg und neue entstehen. In diesen Strukturwandel müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einbezogen werden, ihnen muss Stabilität geboten werden – so, dass es den Unternehmen trotzdem möglich bleibt, neue Technologien zu entwickeln und einzusetzen. Diese Herausforderung betrifft alle EU-Staaten und lässt sich deswegen am besten durch gemeinsames und abgestimmtes Handeln angehen. Deutschland liegt bislang aber noch im europäischen Mittelfeld, wenn es um die Entwicklung der digitalen Infrastruktur betrifft – in Niedersachsen spüren wir das vor allem im ländlichen Raum. Der digitale Binnenmarkt der EU setzt Anreize für Bund und Länder, die digitale Infrastruktur auszubauen.



INNOVATIONSREGION EUROPA

Wir wollen Europas Spitzenposition in der Forschung ausbauen. Deswegen wollen wir europäische Förderprogramme weiter ausbauen – aber auch durchsetzen, dass alle EU-Mitgliedstaaten bis 2025 tatsächlich drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung und Entwicklung investieren.



EUROPA BEDEUTET: UNTERSTÜTZUNG FÜR NIEDER- SACHSENS UNIVERSITÄTEN

Niedersachsen ist ein Zentrum für technische und naturwissenschaftliche Forschung. Besondere Bedeutung haben hier zum Beispiel die Technischen Universitäten in Braunschweig und Clausthal. Forschung und Entwicklung fördert die EU mit Forschungsgeldern: Mit dem Projekt Horizon-Europe, das zukünftig mit Geldern in Höhe von fast 100 Millionen Euro ausgestattet sein wird, werden Forschungen zu den großen globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel unterstützt. Dadurch wird auch in Niedersachsen weiterhin Forschung und Innovation gefördert und die Wirtschaft und Wissenschaft vor Ort in den Regionen gestärkt. Über 200 niedersächsische Unternehmen und private Einrichtungen haben sich bereits erfolgreich an dem Vorgänger-Programm »Horizon 2020« beteiligt. Aber auch die niedersächsischen Universitäten erhalten bereits jetzt viel Geld von der EU.

EINE EUROPÄISCHE ZUKUNFT DER MOBILITÄT

Wir wollen die europäischen Verkehrsachsen stärken und ausbauen, denn Europa muss auch auf der Schiene weiter zusammenwachsen. Deswegen wollen wir den Bau von zusätzlichen grenzüberschreitenden Trassen und den Ausbau von grenzüberschreitenden ÖPNV-Verbindungen wie dem Schienenregionalverkehr.



EUROPA BEDEUTET: FÖRDERUNG DER GRENZREGION NIEDERSACHSEN – NIEDERLANDE

Unser Nachbarland Niederlande ist ein wichtiger Partner, mit dem wir nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell eng verbunden sind. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist allerdings auch mit Herausforderungen konfrontiert, wie beispielsweise der Sprachbarriere oder der gemeinsamen Verkehrsanbindung. Um die Zusammenarbeit zwischen Nachbarländern zu erleichtern und zu verbessern, unterstützt die EU solche Grenzregionen mit eigenen Fördermitteln. Dafür wurde das Projekt der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) ins Leben gerufen. Hierbei steht aber nicht die Investition, sondern die Kooperation zwischen den Regionen im Vordergrund. Im Rahmen der übergreifenden Zusammenarbeit werden die Grenzregionen als ein Ganzes betrachtet. Bereits seit 1991 arbeiten Niedersachsen und die Niederlande im Rahmen dieser Programme zusammen. In dem aktuellen Förderzeitraum (2014 bis 2020) stehen für grenzüberschreitende Projekte zwischen Deutschland und den Niederlanden ca. 440 Millionen Euro für Projekte zur Verfügung.

KLIMA SCHÜTZEN, ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN

Wir wollen eine europäische Verkehrswende einleiten, in dem wir die Zersplitterung des europäischen Eisenbahnverkehrs beenden, den Einsatz alternativer Kraftstoffe stärken und die Emissionen im Flug- und Schiffsverkehr senken.



EUROPA BEDEUTET: INVESTITIONEN IN VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Die EU investiert auch in das Zusammenwachsen der Mitgliedstaaten auf Ebene der transeuropäischen Verkehrs-, Telekommunikations- und Energienetze. Unter der Überschrift »Connecting Europe« (CEF) liegt der Schwerpunkt dabei auf dem Schließen von Verbindungslücken im Bereich des Verkehrs. Gefördert werden insgesamt die Entwicklung bzw. Errichtung neuer und der Ausbau vorhandener Infrastrukturen. So sollen Infrastrukturunterschiede in der EU ausgeglichen und z.B. zur Digitalisierung des Verkehrs und zur Verringerung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen beigetragen werden.

In Niedersachsen läuft, finanziert durch diese CEF-Mittel, z.B. ein Pilotprojekt zum Test der sog. C-ITS-Dienste (Cooperative Intelligent Transport Systems), d.h. zur Entwicklung vernetzter Autos. Auch das Projekt i_HeERO läuft u.a. hier in Niedersachsen und wird aus CEF-Mitteln gefördert. Dabei geht es um die Umsetzung des europäischen Pkw-Notrufs »eCall« (»emergency call«), einem automatischen Notrufsystem, das die EU seit 2018 für neue Autos vorschreibt und für das Notrufsysteme aufgerüstet werden müssen.

MEHR VERTRAUEN IN EUROPAS DEMOKRATIE

Das Gegengewicht zu Nationalismus und Abschottung kann nur eine Stärkung der europäischen Souveränität sein. Deswegen wollen wir eine/n europäische Außenminister/in, Mehrheitsbeschlüsse statt Einstimmigkeit im Ministerrat und eine gemeinsame europäische Armee, die vom Europaparlament kontrolliert wird.



EUROPA BEDEUTET: KLARE ABSAGE AN DEN NATIONALISMUS

Die EU sichert seit mehr als 70 Jahren den Frieden unter den europäischen Mitgliedstaaten und bindet alle Mitgliedstaaten an die grundlegenden Prinzipien der Demokratie. Jetzt zeigt uns der Blick nach Großbritannien, was es bedeutet, wenn sich der Nationalismus durchsetzt: Ob Britinnen und Briten zukünftig ohne Visum in der EU leben und arbeiten oder studieren dürfen, ist unklar. Die britischen Unternehmen könnten den freien Zugang zum Binnenmarkt verlieren. Auch für britische Kundinnen und Kunden gelten die Verbraucherschutzstandards der EU dann nicht mehr.

Seit der Landtagswahl 2017 sitzt mit der AfD auch eine Partei, die mit dem Austritt Deutschlands aus der EU droht, im Niedersächsischen Landtag. Einen Rechtsruck gibt es also nicht nur in Ländern wie Italien, Polen oder Ungarn, sondern auch bei uns. Bei der Europawahl besteht die Gefahr, dass die europafeindlichen, nationalistischen Kräfte, wenn sie sich zu einer Fraktion zusammenfinden, die größte Fraktion im Europäischen Parlament bilden. Um ihren Einfluss in Brüssel einzudämmen, müssen vor allem junge Menschen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen: Bei der letzten Europawahl im Jahr 2014 lag die Wahlbeteiligung der jungen Menschen nur bei etwa 25 Prozent. Das ist zu wenig, wenn bei der kommenden Wahl diejenigen in der Mehrheit bleiben sollen, die ein vereintes Europa befürworten.